Angehörigen Info 50

G 10228 D
28. 9. 1990

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

An unsere Leser

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, der Kriminalisierung der Angehörigenarbeit ein Ende zu machen. Das schaffen wir nicht allein — ohne Solidarität, ohne praktische Unterstützung. Es muß Schluß mit den Prozessen und Verfahren gegen uns gemacht werden, wenn wir Isolationsfolter und Mord in den Gefängnissen der BRD beim Namen nennen. Darüber auf Veranstaltungen zu reden, in unserem Angehörigen-Info zu schreiben, durch Aktionen aufmerksam zu machen, um die Gefangenen zu schützen und eine Veränderung ihrer Bedingungen zu erreichen, ist der Kern unserer Arbeit, die wir seit 20 Jahren machen. Dabei unterstützen wir Angehörigen die Forderungen der Gefangenen, für die sie zuletzt 1989 mit einem kollektiven Hungerstreik gekämpft haben:

— Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.

— Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.

— Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, (und jetzt auch) Ali Jansen.

— Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.

— Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

In der aktuellen politischen Situation jetzt steht unsere Arbeit im Widerspruch zur Entwicklung des BRD-Staates zur Großmacht Deutschland, wenn dieser Staat neben seiner politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit auch seine moralische Überlegenheit wie in der Frage der Menschenrechte nach innen und außen demonstrieren will. Da soll Öffentlichkeit über die Isolationsfolter verhindert werden — da sollen wir nicht mehr sagen können, daß politische Gefangene 1977 in der BRD ermordet wurden, weil sich gerade daran die Kontinuität faschistischer Machtstrukturen im BRD-Staat zeigt.

In der letzten Zeit liefen mehrere Prozesse gegen uns, bzw. es stehen auch noch einige an: einmal wegen der Besetzung des Justizministeriums in Stuttgart am 13. 1. 1989 und wegen einer Erklärung von uns, die im Angehörigen-Info Nr. 30 veröffentlicht war.

Die Besetzung des Justizministeriums im Januar letzten Jahres hatten wir gemacht, weil Günter Sonnenberg im Dezember 1988 wieder einen epileptischen Anfall hatte.

Zu zehnt waren wir damals zum zuständigen Justizminister Eyrich gegangen mit der Forderung, daß er für die Freilassung von Günter Sonnenberg sorgt. Der erste Prozeß wegen Hausfriedensbruch gegen drei von uns fand im Juli 90 statt. Alle drei wurden verurteilt. Die Richterin Petermann vom Amtsgericht Stuttgart fegte alle Beweisanträge und Erklärungen von uns, in denen wir Sinn und Ziel unserer Aktion erklärten, vom Tisch. In dem Prozeß hatten die drei Angehörigen in ihrem Schlußwort erklärt, daß sie nicht bereit seien, die Strafe zu zahlen. Wir legten Rechtsmittel gegen das Urteil ein, die Staatsanwaltschaft ging zuungunsten von uns in Berufung mit dem Zusatz: „Nach dem in der Hauptverhandlung erkennbaren Verhalten der Angeklagten erscheint die Verhängung einer Geldstrafe zur Einwirkung auf die Täter nicht ausreichend. Staatsanwalt Krombacher."

Ein weiterer Prozeß findet am 17. 10. 90 vor dem Amtsgericht Köln statt. § 90a StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) wegen unserer Erklärung im Angehörigen-Info Nr. 30 nach der Aktion der RAF gegen Alfred Herrhausen, in der wir gesagt haben, daß Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Ingrid Schubert ermordet wurden und versucht wurde, Irmgard Möller zu ermorden.

Auf was beziehen wir uns, wenn wir Mord sagen?

Auf die **Tatsachen**.

Nach dem als Selbstmord ausgegebenen Mord an Ulrike Meinhof hatten die Gefangenen in Stammheim und viele andere Gefangene aus der RAF ihren Angehörigen oder Anwälten gegenüber geäußert, daß sie niemals Selbstmord begehen würden, weil sie leben und für das Leben kämpfen wollten.

Eine Woche vor der Mordnacht in Stammheim, am 10. 10. 77, hatte Andreas Baader in einem Schreiben an das Oberlandesgericht Stuttgart erklärt, daß keiner der vier Gefangenen in Stammheim die Absicht habe, sich umzubringen; wenn sie „tot aufgefunden" würden, seien sie getötet worden.

Irmgard Möller, die die Nacht schwerverletzt überlebte, hat noch in der Klinik vor einem Staatsanwalt und ebenso später vor dem Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags erklärt, sie habe keinen Selbstmord versucht und es habe unter den vier Gefangenen in Stammheim auch keine Verabredung zu einem gemeinsamen Selbstmord gegeben.

Wir sind überzeugt, daß das, was die Gefangenen, unsere Angehörigen, gesagt haben, richtig ist, weil wir aus jahrelanger Erfahrung mit ihnen wissen, daß sie uns in einer so zentralen, existenziellen Frage niemals belogen hätten oder belügen würden; das wäre mit ihrer Politik unvereinbar.

Und es gibt eine Reihe weiterer Tatsachen, die für Mord sprechen: In mehreren Veröffentlichungen ist nachgewiesen worden, daß die offizielle Darstellung des Geschehens in der Nacht vom 17. zum 18. 10. 77 derart voller unerklärbarer und sich ausschließender Widersprüche steckt, daß die Selbstmordversion gar nicht stimmen **kann**. Auf Einzelheiten wollen wir hier nicht eingehen (siehe dazu Pieter Bakker Schut: Stammheim — Politische Verteidigung in Strafsachen, Neuer Malik Verlag Kiel 1988; Der Tod Ulrike Meinhofs — Bericht der Internationalen Untersuchungskommission, Commune-Rhizom-Verlag, Berlin/ Stuttgart 1985; Karl-Heinz Weidenhammer, Stammheim — Mord oder Selbstmord; Neuer Malik Verlag). Hinzu kommt, daß in den Wochen vor dem 18. 10. 77 in öffentlichen Äußerungen von Politikern und in den Medien offen oder verdeckt propagiert wurde, die Gefangenen, die befreit werden sollten, zu töten. Schließlich wurden von Anfang an sämtliche offiziellen Ermittlungen nur in Richtung Selbstmord geführt.

Wenn aber ein Selbstmord der Gefangenen aus subjektiven und objektiven Gründen ausgeschlossen ist und eine andere — nicht gewaltsame — Todesursache ebenso, bleibt nur, daß die Gefangenen von Vertretern der Institution, in deren Gewalt sie sich befanden, also des Staates, getötet worden sind, und das nennen wir Mord.

Warum ist das wichtig für uns, zu sagen, daß es Mord war?

Vor allem,

— weil sich daran der grenzenlose Wille des BRD-Staates, die politischen Gefangenen zu vernichten, offenbart, dem nur Grenzen gesetzt werden durch die Kämpfe der Gefangenen und die Solidarität mit ihrem Kampf. Davon muß jede Solidarität mit den politischen Gefangenen ausgehen;

— weil wir verhindern wollen, daß je wieder politische Gefangene in der BRD ermordet werden, deshalb erinnern wir öffentlich an die Morde an politischen Gefangenen hier.

Mit den Angriffen des Staatsschutzes auf uns sind wir bisher weitgehend allein konfrontiert. Und dies in einer Situation, in der die Bedingungen für die politischen Gefangenen unübersehbar und einschneidend verschärft werden:

— die Ermittlungsverfahren gegen die Gefangenen wegen eines be-

haupteten illegalen Info-Systems, die begleitet sind von ständigen Zellenrazzien durch den Staatsschutz, also BKA und LKA, und einer massiven Hetzkampagne in den Medien.

Wie zuletzt in „Die Welt" vom 7.8.90, die sich auf Äußerungen des Generalbundesanwaltes von Stahl bezieht. Von Stahl spricht von „großer Wahrscheinlichkeit", daß Aktionen der RAF „auch aus den Gefängnissen heraus gesteuert würden". Bei den Razzien wären „Belege" für illegalen Austausch zwischen drinnen und draußen gefunden worden.

Dabei läuft jede Korrespondenz der politischen Gefangenen über die Zensur, jeder Besuch wird überwacht.

— Sie drohen — erstmals seit 1977 — die „Kontaktsperre unbegrenzt" gegen die politischen Gefangenen, so der CSU-Innenexperte (Bild am Sonntag, 29.7.1990), an. Die Kontaktsperre war 1977 unerläßliche Bedingung für die Ermordung der Gefangenen, weil sie dem Staat den totalen Raum und die Möglichkeit gibt, unkontrollierbar **alles** zu machen.

Kontaktsperre heißt: keine Besuche, keine Anwälte des Vertrauens, kein Radio, keine Zeitung, keine Verbindung zur Außenwelt.

— Brigitte Mohnhaupt wurde von Aichach nach Stammheim verlegt, nachdem sie ihr schon vorher die sechs Stunden in der Woche, die sie dort einige Male entweder mit Claudia Wannersdorfer oder mit Manuela Happe zusammensein konnte, wieder gestrichen hatten.

— Anstatt die haftunfähigen Gefangenen Claudia Wannersdorfer, Günter Sonnenberg, Bernd Rössner und Ali Jansen freizulassen, werden ihre Bedingungen verschärft.

Bernd wurde für eine Woche in den Bunker gesperrt (wie in letzter Zeit häufiger); Claudia, die im Gefängnis aufgrund der Bedingungen dort an Epilepsie erkrankte, wurden die wenigen Kontaktmöglichkeiten zu Manuela Happe und Brigitte Mohnhaupt genommen.

Ali Jansen, der schwer asthmakrank ist, wurde aus Butzbach nach Schwalmstadt verlegt. In Butzbach war er täglich mit seinen beiden Genossen, mit denen er zusammen Prozeß hatte, zwei Stunden zusammen.

Der BRD-Staat hat in diesen langen Jahren ein ganzes Arsenal von Terror gegen uns, die Angehörigen der politischen Gefangenen, aufgefahren: Festnahmen, Mißhandlungen, Ermittlungsverfahren wegen § 129a, Hausdurchsuchungen, Terror-Observationen, Besuchsverbote, Drohungen, auch Morddrohungen, Veranstaltungsverbote und und und. In den letzten Jahren, schon vor dem letzten Hungerstreik, haben wir etwas mehr Luft gehabt für unsere Arbeit. Ein Beispiel ist das Angehörigen-Info. Wir mußten es früher mehr oder weniger verdeckt herstellen und verteilen. Das war ein enormer Arbeitsaufwand. Das Info erschien deshalb nur unregelmäßig, war weniger aktuell, weil es mehr ein Sammelband an zusammengefaßten Informationen war und die Gefangenen wegen des spärlichen Erscheinens über das Info nur wenig zu Wort kommen konnten. Als wir uns im Hungerstreik 89 entschlossen haben, regelmäßig ein Info zum Hungerstreik herauszugeben, waren wir uns schon sicher, daß das Info öffentlich erscheinen sollte. So viele wie möglich sollten Zugang zu aktuellen Informationen über den Verlauf des Streiks bekommen und lesen können, was die Gefangenen selbst zu ihrem Hungerstreik sagten. Nach dem Streik war es keine Frage für uns, daß das Info weiter herauskommen sollte, weil der Kampf um die Forderungen der Gefangenen weitergeht, mit dem Info die Möglichkeit da ist, an die aktuellen Informationen zur Situation der politischen Gefangenen heranzukommen, durch die Veröffentlichung von solidarischen Initiativen uns und andere zu eigenen Ideen und Handeln anzustoßen, mit den Veröffentlichungen von Briefen und Erklärungen der politischen Gefangenen sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Beiträge im Info werden draußen und mit den Gefangenen diskutiert.

Wir hatten eine Zeitlang den Eindruck, daß das öffentliche Erscheinen des Infos zwar nicht für immer, aber doch für die nächste Zeit durchgesetzt sei. Es war aber ein Fehler zu denken, daß der Schutz, den die Mobilisierung im Hungerstreik 89 auch für uns, unsere Arbeit bedeutete, schon dauerhaft sei. Inzwischen wissen wir, daß sie uns die Luft wieder abdrehen wollen. Das schließen wir aus dem Ergebnis des Prozesses wegen der Angehörigenaktion zu Günter, aus der Tatsache, daß weitere Ermittlungsverfahren gegen das Info laufen bzw. Prozesse anstehen, aus den jüngsten Angriffen gegen die Gefangenen und aus den direkten Angriffen auf das Angehörigen-Info, wie zuletzt Generalbundesanwalt von Stahl, der in einem Atemzug mit seinen Lügen über die Zellensteuerung, illegalen Austausch zwischen drinnen und draußen und Kassibern von Verwandtenrundbriefen redet.

Daß die Maschine gegen uns wieder ins Rollen kommt, passiert aber jetzt, wo wir uns gar nicht mehr vorstellen können, daß es das Angehörigen-Info nicht mehr geben sollte, wo wir im Gegenteil immer wieder nach Möglichkeiten suchen, es noch umfangreicher zu machen, es inhaltlich zu verbessern. Da werden wir jetzt nicht einfach auf die Bremse treten oder sogar den Rückwärtsgang einlegen, uns wieder auf die reduzierten Möglichkeiten eines Infos, das heimlich hergestellt und verbreitet wird, zurückziehen.

Ob wir da durchkommen, hängt nicht allein von unserer Kraft ab. Wie steht Ihr dazu? Welche Bedeutung hat das Angehörigen-Info für Euch? Was würde Euch fehlen, wenn es nicht mehr bzw. nur noch selten erscheinen würde? Wenn das Info, d.h. die Veröffentlichung von Tatsachen über Isolationsfolter und Morde an den politischen Gefangenen, nur noch für wenige zugänglich ist? Wenn den Gefangenen eine der wenigen Möglichkeiten genommen wird, wo sie zu Wort kommen? Wenn der Staatsschutz es schaffen sollte, das Info zu verhindern?

Wir fragen alle die, die — und das kann aus den unterschiedlichsten Gründen sein — nicht wollen, daß das Angehörigen-Info wieder in der Versenkung verschwindet.

Sagt und schreibt uns, was Ihr dazu überlegt und diskutiert, ob und welche Initiativen Ihr Euch vorstellen könnt oder schon in die Hand genommen habt, damit es weiter erscheinen kann.

Jede Initiative hat Gewicht.

Die Zeitungsverlage bitten wir, diesen Brief und unsere Erklärung vom 16.12.89, um die es in dem nächsten Prozeß gegen das Info geht, abzudrucken. Wenn sie in mehr Zeitungen erscheint, hat der Staatsschutz es schwerer damit, uns zu kriminalisieren.

Wir bitten um Eure Antwort:
Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe 1.

Wenn Ihr Euch persönlich mit uns in Verbindung setzen wollt, schreibt uns Eure Telefon-Nummer.

Viele Grüße
Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

September 90

Für die Angehörigen:
Christiane Barabaß, Martha Barabaß, Monika Berberich, Achim Falk, Uwe Folkerts, Anita Friedetzky, Angelika Goder, Heidi Hinrichsen, Christoph von Hören, Birgitta Hornstein, Jeannette Hülbig, Annegret Klump, Waltraud Liewald, Elizabeth Meerman, Armin Newerla, Regina Nicolai, Irene Rosenkötter, Jens Stuhlmann, Beate Taufer-Jansen.

Zum Hungerstreik in Spanien

Seit über 300 Tagen — 302 Tage — befinden sich die Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r) im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung. Wir haben mehrfach in Spanien angerufen, konnten aber nichts Neues in Erfahrung bringen. Die TAZ berichtet am 12.9., daß es in Barcelona einen Sprengstoffanschlag der GRAPO gegen die dortige Zentrale der PSOE gegeben hat.

Am 10.9. wurde in Kopenhagen von einer kleinen Gruppe von zehn Menschen das spanische Konsulat besetzt. Gleichzeitig wurden verschiedene Zeitungen von der Aktion unterrichtet. Nach einer halben Stunde stürmten mit Maschinenpistolen bewaffnete Einheiten der dänischen Polizei das Gebäude, riefen: „Runter auf den

Bauch!", rissen die Besetzer zu Boden und traten und beschimpften sie. Nach 5-6 Stunden wurden sie wieder freigelassen. In ihrer Erklärung zu der Aktion schreiben sie: „... unser ziel mit der aktion ist konkret die koordinierte pressesperre der westeuropäischen regierungen, um den kampf der spanischen gefangenen zu brechen. die pressesperre ist ein teil, womit die machthabenden versuchen, die kämpfe und gegensätze, die existieren, zu unterdrücken, um in aller ruhe die gefangenen zu isolieren und zu liquidieren, häuser zu räumen und generell die menschen durch lügen- und desinformationskampagnen zu verdummen. die gefangenen können nicht allein die zusammenlegungsforderung durchkämpfen, darum wollen wir den kampf zusammen mit ihnen führen, weil die isolationspolitik der eg durch internationalen solidarischen kampf gebrochen werden kann ..."

Die seit dem 4.9. alle zwei Wochen stattfindenden Kundgebungen vor der spanischen Botschaft in Bonn gehen weiter. Beim ersten Mal wurde einem Botschaftssekretär stellvertretend für die spanische Regierung ein offener Brief übergeben, in dem diese aufgefordert wird, die Forderungen der Gefangenen umgehend zu erfüllen. Die nächsten beiden Termine — 2.10. und 16.10., 11-13 Uhr — stehen fest. Die Kontinuität ist aber nur gesichert, wenn sich Menschen und Gruppen aus der Region beteiligen. Meldet Euch im Bonner Infoladen, Wolfstr. 10/Hinterhaus, 5300 Bonn 1. Aufgerufen zu den Kundgebungen haben bislang der Arbeitskreis Internationalismus, die Informationsstelle Lateinamerika, Liste Undogmatischer StudentInnen (Lust), Autonome Antifa, Antifa-Jugendfront Bonn und einige Frauen aus der Therapie und Beratung für Frauen (TUBF).

In Uelzen haben einige Menschen anläßlich eines Stadtfestes an ein von ihnen bewohntes Haus mehrere Transparente angebracht.

Karte von Vittorio Bolognese, italienischer politischer Gefangener in Novara

Liebe GenossInnen, ich war für ca. zwei Monate im Gefängnis Poggioreale in Neapel, wo ich Gelegenheit hatte, viele meiner Verwandten, die ich sehr lange nicht gesehen hatte, wiederzusehen. Im Gefängnis habe ich auch einen Genossen unseres Kollektivs, der vom Gefängnis in Trani kam, getroffen. Ich schicke Euch hier ihre Erklärung gegen die Vernichtungsstrategie gegen die politischen Gefangenen in Europa; diese Erklärung hat als Anlaß die Solidarität mit dem harten Kampf der spanischen GenossInnen für die Zusammenlegung.

Am 1. August bin ich hier nach Novara zurückgekommen und erhalte regelmäßig das Info. Die Nummern 42, 43 habe ich dagegen nicht bekommen. Falls es möglich ist, schickt mir diese zurückliegenden Nummern zusammen mit der nächsten Nummer. Ich hoffe, daß dies für Euch kein Problem ist, wenn doch, so macht es nichts (wenn Ihr mir die beiden Nummern nicht schickt).

Liebe GenossInnen, alle Genossen hier in Novara des Blockes B grüßen Euch mit einer starken Umarmung, zusammen mit allen GenossInnen, die Euch nah sind.

Einen besonderen Gruß und ein Meer von Küssen und Umarmungen an alle gefangenen GenossInnen in der BRD.

Kommunistische Grüße — Vittorio.

Novara, 19.8.90

Erklärung von einer Gruppe gefangener Genossen im Gefängnis von Trani, Italien

1. Am 25. Mai dieses Jahres ist der Genosse, **José Manuel Sevillano Martín**, gefangener Militanter der GRAPO, gestorben. Er ist gestorben im 6. Monat des Hungerstreiks für die **Wiederzusammenlegung**. Er wurde getötet durch die Zwangsernährung, mit welcher der spanische Staat den kollektiven Widerstand der Gefangenen brechen will. Die Genossen, die mit ihm diesen sehr harten Kampf begonnen haben, gehen weiter voran. Es sind 58 Gefangene aus den GRAPO, der PCE(r) und libertäre GenossInnen, die seit November 1989 gegen die Politik der „Zerstreuung" kämpfen, mit der der Staat sie angreift. Mit der Verlegung in 56 Gefängnisse, verstreut über das ganze spanische und koloniale Territorium, waren die Regierung Gonzales und die Verantwortlichen der Strafvollzugsbehörden sicher, die Bedingungen geschaffen zu haben, um ein Zurückweichen der Militanz, der politischen Kraft und des politischen Bewußtseins der GenossInnen zu erreichen.

Angesichts der Entschlossenheit ihres Kampfes und der Mobilisierung, die er in der Klassenbewegung in Spanien und in ganz Europa auslöste, hat Gonzales im Februar in eigener Person den Widerspruch gelöst, der durch die Überwachungsrichter hinsichtlich der Anwendung der Zwangsernährung hervorgerufen worden war. Die spanische Regierung hat die „Koma-Lösung" durchgesetzt, das heißt, den Gebrauch der Zwangsernährung in einer Weise, daß die Gefangenen in einen Koma-Zustand fallen, der sie langsam tötet.

Mit der „Zerstreuung" wollte man gegenüber den Gefangenen das Diktat durchsetzen: „entweder Normalvollzug oder Isolation"; jetzt ist das Diktat: „entweder Abschwörer oder Tote".

2. Der Kampf der spanischen GenossInnen ist politisch zentral für die Situation der gefangenen Revolutionäre in ganz Europa. Ihr Kampf ist — über die spezifischen Unterschiede der Bedingungen oder der politischen Linien und Analysen hinaus — in der Substanz unser Kampf. Die infame (abscheuliche) Politik, die die GenossInnen tot oder politisch gebrochen will, ist unmittelbar beeinflußt von einer Abstimmung der Entscheidungen zwischen den europäischen Staaten, mit der wir alle zu rechnen haben. Die Motive, von denen diese Initiative gegen die spanischen GenossInnen geleitet ist, sind denen nicht unähnlich, die die Regierungen in Frankreich und der BRD dahin bringen, eine Mauer gegen die Kämpfe der gefangenen GenossInnen aus der AD (Action Directe) und aus der RAF zu errichten. Und es sind dieselben, die hier zum Angriff des Wachpersonals gegen die Genossen des Blockes B von Novara geführt haben.

Mit der terroristischen Begründung der „Staatssicherheit" wenden sich die europäischen Regierungen gegen jedwede politische Aktivität der Gefangenen aus der Guerilla, die nicht benutzt werden kann auf dem Terrain der „Aussöhnung mit dem Staat".

Die allgemeinen Lebensbedingungen — Umschluß und Aufschluß, Briefe, Besuche —, die minimal sind verglichen mit den Freiräumen, die allen Gefangenen, die den bewaffneten Kampf angreifen, großzügig zugestanden werden, sind dagegen Anlaß brutalster Zusammenstöße, wenn sie die GenossInnen betreffen, die ihre revolutionäre Identität bewahren. Die Losung des Imperialismus ist: „Die gefangenen Revolutionäre als politischen Faktor ausschalten."

Allein die Tatsache ihrer Existenz als aktive Subjekte rechtfertigen zu müssen, und dies nach Jahren der Isolation, der Morde, der Massaker und der politischen Lösungen, bedeutet für die Regierungen, einen ungelösten Widerspruch zugeben zu müssen. Noch weniger ist ein kollektiver Kampf akzeptierbar, weil er die allgemeinen Gründe des Kampfes für den Kommunismus in den Metropolen wieder aufgreift, er schafft einer Tatsache Raum, die keine bürgerliche Propaganda vollständig zum Verschwinden bringen kann: Die europäischen Gesellschaften sind nicht befriedet, die Krise, die sie durchläuft, ist noch tief, die proletarische Revolution ist noch immer der politische Hauptfeind.

Die Konfrontation in den Gefängnisses ist ganz politisch und hat die kollektive und kommunistische Identität der Gefangenen als Objekt!

3. Die europäischen Staaten nutzen gemeinsam erarbeitete politische Instrumente, um mit jedem Mittel die Zersplitterung der Kollektive der revolutionären Gefangenen zu erreichen. Dieses Ziel ist Teil der notwendigen Kontrolle in der jeweilig spezifischen nationalen Situation, gleichzeitig ist es nicht marginal angesichts des Sprungs zur politischen und ökonomischen Integration, auf die die große europäische Industrie- und Finanzbourgeoisie drängt.

Die hauptsächliche Interventionslinie gegen die Gefangenen, erarbeitet in den kontinentalen Institutionen der Counterinsurgency, ist die der **„progressiven Konditionierung"**. Die Zermürbung durch fortgesetzte Repression, durch die flexible Handhabung der Isolation, um so jede praktische Politik zu verhindern und die kommuni-

stische Identität zu brechen. Es ist diese Linie, die in besonderer Weise die Behandlung der revolutionären Gefangenen in Frankreich, der BRD, in Spanien und Belgien formt ... Und es ist immer diese Linie — in all ihren verschiedenen Ausformungen —, welche die Isolation in kleinen Gruppen hier in Italien regelt, so in Novara, Cuneo, Trani, Ascoli, sowie in Latina für die Genossinnen, sowie auch die Gefangenschaft der arabischen und palästinensischen Kämpfer. Der Angriff von Novara, die Drohungen und Provokationen gegen einzelne GenossInnen oder die Kontrolle der Sicherheitsdienste (durch das 5. Büro des Justizministeriums) über die Post und die Besuche, all dies ist zu sehen in Funktion dieser Linie.

Diese allgemeine Linie hat auch ein unmittelbares Ziel: Die Gefangenen dürfen keine aktive Rolle in der revolutionären Konfrontation in Europa spielen. Die verschiedenen „Sicherheitsspezialisten" sind seit langem zu der Überzeugung gekommen, daß es ein sehr nützliches Mittel ist, den Gefangenen „den Stecker rausziehen", um der Verstärkung und der gemeinsamen Entwicklung der revolutionären Kämpfe in Europa entgegenzutreten.

Anfang Dezember 1989, kurz nach der Aktion der RAF gegen Herrhausen, unterstrich der Innenminister der BRD auf einer Sitzung des Innenausschusses (an dem die Innenminister, die Justizminister, die Sicherheitsexperten der Parteien und Beamte der verschiedenen Sicherheitsdienste beteiligt sind) den sicher ausgeübten Einfluß der Gefangenen und deshalb die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Einschränkung der politischen Aktivität der Gefangenen; weiter versäumte er nicht, die Gefangenen in Italien, die mit den deutschen Gefangenen diskutieren, zu seiner Zielscheibe zu machen. So hatte übrigens schon 85/86 die Bundesanwaltschaft die spanischen Gefangenen, die sich mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand solidarisiert hatten, wegen „internationaler terroristischer Vereinigung" inkriminiert.

Der deutsche Staat mit seinem gefestigten konterrevolutionären Apparat stellt sich immer an die Spitze der Initiativen gegen die revolutionären Gefangenen in den europäischen Ländern. Wie alle wissen, ist er der „Erfinder" der „Koma-Lösung" gegen alle Gefangenen, die mit dem Mittel des Hungerstreiks kämpfen.

Vereint für im Kern gemeinsame Ziele zu kämpfen ist ein Schritt, vor dem alle Gefangenen in Europa stehen, alle die, die nicht wollen, daß ihre Identität durch den Fleischwolf der „Wiedereingliederung in die bürgerliche Gesellschaft" gedreht wird.

Die Auslöschung der politischen Aktivität und Identität der Gefangenen ist ein wichtiges Ziel der europäischen Regierungen, und es wäre fatal zu denken, man könnte ihm mit einer partiellen Initiative begegnen. Weniger denn je kann man sich vormachen, man könnte ihm ausweichen, indem man keine Initiativen entwickelt.

Man muß dagegen sehr ernst über die Bedeutung nachdenken, die heute, in dieser historischen Phase, „die Frage der Gefangenen aus der Guerilla" annimmt.

Das Interesse, welches letzten Endes die Aktion der konterrevolutionären Apparate treibt, hat die Richtlinien des unmittelbaren Angriffs der Konter-Guerilla gegen spezifische Organisationen und der Nutzung der Gefangenen als Geisel überschritten. In dem Sinn, daß es nicht mehr nur dieses ist.

Der Angriff auf die politische Subjektivität der Gefangenen nimmt eine größere Wertigkeit an, wenn man ihn einordnet als Teil der „Lobotomie-Operation" (1) gegen die kommunistische und antiimperialistische Perspektive, eine Operation, die zentrales Element des Projektes der multinationalen Bourgeoisie ist, um die Krise ihres politisch-ökonomischen Systems zu beherrschen.

In den Gefängnissen der Länder des „europäischen Blockes" befinden sich Hunderte von Militanten, sie repräsentieren die Spannweite der revolutionären Erfahrung dieser 20 Jahre; von der Guerilla für den Kommunismus bis zu den Befreiungsbewegungen der europäischen Region und des Nahen Ostens. Die Perspektive, die sie in ihrer Gesamtheit eröffnet haben, steht auf dem Spiel.

Ihre Kontinuität ist das Herz der Konfrontation!

Die Kampagnen der psychologischen Kriegsführung, in die sich der historische Antikommunismus gern mit dem Modell des „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus" integriert, haben präventiven Charakter; weil sie darauf gerichtet sind zu verhindern, daß sich die Kontinuität des revolutionären Kampfes mit den neuen Konflikten verbindet, die aufgrund des imperialistischen Aufmarsches in ganz Europa und im Trikont entstehen. Hier finden sich Motiv und Bedingung der ausgeprägten Verbissenheit und der Wissenschaftlichkeit, mit der die verschiedenen Apparate sich der „Zermürbung" der gefangenen Militanten widmen.

Auf allen Ebenen drängt der sich formierende europäische Block auf Eile, und er fühlt sich schon stark genug, sein totalitäres, antiproletarisches und rassistisches Gesicht zu zeigen und es auf planetarischer Ebene zu reproduzieren.

Das Wissen der europäischen Bewegung um die Qualität der Konfrontation hat sich in der Kontinuität der Solidarität mit den proletarischen Gefangenen gezeigt und sich ausgedrückt in Initiativen, die politisch von internationalistischen und antiimperialistischen Inhalten bestimmt waren. An der Seite der GenossInnen der RAF und des Widerstandes, der GenossInnen von AD und heute an der Seite der spanischen GenossInnen.

In Dänemark, in Spanien, in Holland, in der Schweiz, in Belgien, in Griechenland und zum Teil auch in Italien haben offensive Aktionen und Massenmobilisierungen das Bewußtsein ausgedrückt, daß die Politik der Isolation zu besiegen sich politisch nicht bestimmt als „Verteidigung gegen einzelne Episoden der Repression", sondern daß es integraler und wichtiger Bestandteil des Voranschreitens der strategischen Perspektive des Kampfes des internationalen Proletariats gegen den Kapitalismus und seine destruktive Entwicklung ist.

Eine Bewegung und ein Bewußtsein, die verstärkt werden müssen.

Daher erhält unsere Solidarität mit den GenossInnen der GRAPO, und zuvor mit den GenossInnen aus der RAF und AD, auch diese politische Bestimmung: Die Einheit zwischen den Gefangenen ist ein Beitrag mit dem Ziel, die Momente und die Ebenen der Einheit zwischen den Revolutionären in Europa zu erhöhen.

4. Die Notwendigkeit, den revolutionären Prozeß mit einer immer stärkeren kontinentalen und den Nahen Osten einbeziehenden Optik — als Teil der weltweiten Konfrontation — zu sehen, ergibt sich sicherlich nicht erst heute, und sicher entsteht sie nicht aus dem Kampf der Gefangenen.

In diesem Jahrzehnt haben die Organisationen, die den Vorschlag der Front in ihren Kampf aufnahmen, schon die Grundlage gelegt, daß diese wichtige Entwicklung sich umsetzt in Bewußtsein und gefestigte revolutionäre Praxis. Von dieser Grundlage ausgehend haben sich die Erfahrungen vervielfacht, da die Überzeugung gereift ist, daß die prinzipiellen Probleme der revolutionären Perspektive für alle gleich sind. Nicht nur dies, sondern daß die Qualität der Probleme erfordert, sie gemeinsam anzugehen!

Der revolutionäre Kampf für den Kommunismus muß auf allen Ebenen auf die Orientierung einer gemeinsamen Perspektive zielen. Die Entwicklungen auf dem revolutionären Terrain finden sich heute unzähligen ökonomischen und politischen Veränderungen gegenüber, an denen sie sich messen müssen — Veränderungen, die im kapitalistischen System in seiner Ausbildung als Weltsystem nunmehr zu ihrer Vollendung gekommen sind —, weil sie auf die Machtverhältnisse der einzelnen Nationen drücken und die internationale Konfrontation beeinflussen. Eine komplexe Situation, angesichts der der Fortschritt der kommunistischen und antiimperialistischen Perspektive sich stützen muß auf eine breite Auseinandersetzung, die keine existierende revolutionäre Subjektivität — einschließlich der Kollektive der gefangenen Militanten — ausschließen darf.

Der Kapitalismus der USA, Europas und Japans bildet sich ein, wer weiß was für „planetarische" Triumphe zu feiern, während er mehr denn je von zersetzenden Phänomenen geschwächt ist. Was er für „Erfolge" ausgibt, ist oft nur das unvermeidliche Produkt einer langen und unüberwundenen globalen Systemkrise, deren Auge des Zyklon die USA sind, die ihre politische und ökonomische Zentralität brüchig werden sehen.

Auch wenn man schon Ende des 19. Jahrhunderts vom „kapitalistischen Weltmarkt" sprechen konnte: heute hat dies seine volle Bedeutung.

Eine Bedeutung, die die Beschleunigung der geographischen (regional und international), industriellen, monetären und politischen Integrationsprozesse der kapitalistischen Ökonomie in diesen 20 Jahren widerspiegelt. Prozesse, die offensichtlich qualitative Veränderungen auf allen Ebenen der sozialen Beziehungen mit sich bringen, die aber nicht die prinzipiellen und strukturellen Widersprüche der sich Anfang der 70er Jahre entfaltenden Krise gelöst haben.

Im Gegenteil, in ihrer Gesamtheit fangen die imperialistischen Antworten auf die Krise an, neue, noch zerstörerische Widersprüche in den sozialen Beziehungen und der Umwelt — als deren Produkt und Ort — zu erzeugen.

Auf internationaler Ebene wie in den einzelnen Territorien ist es für die herrschenden Klassen immer schwieriger, die ökonomischen, politischen und sozialen Widersprüche zu beherrschen, wobei ihre eigenen Interessen dazu beitragen, sie noch zu verschärfen.

Die Realität der gegenseitigen Abhängigkeit auf dem Weltmarkt (die Tatsache, daß keine Ökonomie — unabhängig von ihrem Entwicklungsniveau — außerhalb des Weltmarktes existieren kann) ist die Grundlage der Macht der imperialistischen Bourgeoisie, das Abstürzen der Krise zu verhindern, indem die Hauptkosten dem Trikont und in letzter Zeit auch dem Osten aufgeladen werden und außerdem dem Proletariat in den Ländern des Zentrums. Diese Realität beginnt nun, eine Vervielfachung der Widersprüche zu bewirken.

Die politische Qualität, mit welcher der Imperialismus der starken Länder seine Interessen dem Proletariat international oder den einzelnen Ländern aufzwingt, ist überall die gleiche. Dies ist das bestimmende Element, das den Revolutionären heute gestattet, mit einer gemeinsamen Einschätzung der Konfrontation zu kämpfen. Eine gesamte und keine partielle Strategie zu bekräftigen, die in einer Phase so schneller Veränderungen Achse für eine Wiederzusammenführung der verschiedenen revolutionären Bewegungen sein kann.

Die Konfrontation Revolution/Imperialismus kann seit langem nicht mehr den Grenzen zwischen Osten und Westen folgen und zeichnet stattdessen international neue Demarkationslinien und neue Zusammenschlüsse. Die Notwendigkeit zu enger Zusammenarbeit mit dem Westen, die heute in vielen ehemaligen „sozialistischen" Staaten oder „Volksrepubliken" dominant ist, agiert im konterrevolutionären Sinn.

Die Linien der Konstitution der proletarischen und kommunistischen Subjektivität in dieser historischen Dimension haben in der strategischen Verbindung des antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampfes in den europäischen Metropolen und dem Trikont eine ihrer zentralen Achsen.

Hier in Europa sehen wir uns mit dem Umstrukturierungsprozeß zum gemeinsamen Markt und zur politischen Einheit zwischen den Staaten konfrontiert. Der sogenannte „Europäische Block". Ein Prozeß, der angesichts seiner Ausdehnung, seiner politischen Bestimmung und seiner Auswirkungen für das Proletariat in Europa, im Mittleren und Nahen Osten und im Süden der Welt die Gesamtheit der imperialistischen Antworten auf die Krise ausdrückt, und er konstituiert einen der Punkte der Wende. Ein Prozeß, der immer stärker den Klassenkampf in jedem Land bestimmen wird und an dem die Möglichkeit der revolutionären Entwicklung sich messen wird.

5. In allen Spezialtrakten, in denen die kommunistischen Gefangenen in Italien der Kleingruppenisolation unterworfen sind, gab es im Februar kollektive kämpferische Initiativen, in der Mehrzahl waren sie gerichtet gegen den Angriff des Wachpersonals gegen die Genossen des Blockes B in Novara Ende Januar.

Vor kurzem sind viele von uns aktiv geworden in Solidarität mit dem Kampf der spanischen GenossInnen.

Der Angriff auf die Genossen in Novara hat noch einmal klar gemacht, daß die Politik des Staates gegen die Gefangenen kein „Rest von Notstand" ist. Sie verfolgt immer ihre destruktiven Ziele. Die Gruppe von Experten und Carabinieri, eingesetzt vom Justizministerium, die die Aufsicht über die Behandlung der Gefangenen hat, nutzt alle in diesen Jahren erprobten, mehr oder weniger wissenschaftlichen Mittel und Methoden in Funktion zur heutigen politischen Situation.

Die aktuellen Formen der Anwendung der Isolation müssen im Hinblick auf ihre Ziele eingeschätzt werden.

Konkret: das Lebensniveau und die kollektive Organisation, von den Gefangenen in Jahren des Kampfes aufrechterhalten, nach und nach schwieriger zu machen, um zu verhindern, daß sie aktiver Teil der revolutionären Bewegung sind; mit anderen Worten: Individualisierung und Entpolitisierung. Allgemeiner, die Differenzierung und ständige Repression all der Gefangenen, Kommunisten oder nicht, die sich weigern, sich den Mechanismen der sogenannten „Resozialisierung" zu unterwerfen. Dies ist ein unbestreitbarer Fakt, der noch einmal die politische Notwendigkeit begründet, den Widerstand der Gefangenen als festen Bestandteil des revolutionären Kampfes in diesem Land zu setzen.

Die Mobilisierung, die es an verschiedenen Punkten der Metropolen gegeben hat von Gruppen von GenossInnen und Initiativen an der Seite der Gefangenen von Novara und heute in Unterstützung der spanischen GenossInnen ist ein wichtiger Schritt.

In diesen Momenten der Mobilisierung zeigte sich in den meisten Fällen das Bewußtsein, daß die Situation und der Kampf der Gefangenen in Europa in ihrer Gesamtheit begriffen werden müssen. Die verschiedenen Situationen voneinander zu trennen würde bedeuten, sie auf eine Parzialität ohne Ausweg zu reduzieren; nur im allgemeinen Rahmen des Voranschreitens der revolutionären Perspektive in Europa und im Nahen Osten ist die Vernichtungspolitik gegen die Gefangenen real zu blockieren.

Hier in Italien sieht sich die revolutionäre Bewegung mit dem Willen des Staates konfrontiert, ein erdrückendes Kräfteverhältnis gegen jeden proletarischen Kampf durchzusetzen — durch Einkreisung und durch Abschneidung jeglicher Entwicklungsmöglichkeit. Die „law and order"-Kampagnen von Gava, Andreotti und Craxi beschützen die Profitraten und die institutionelle Neuformierung, unerläßlich für die große italienische Bourgeoisie, um im Wettbewerb im Zusammenhang mit der Einigung Europas bestehen zu können. So verfolgen sie weiter eine starke Rückbildung der italienischen Realität, ähnlich der in allen metropolitanen Gesellschaften. Hier ist keine Vereinfachung möglich.

Die gefangenen GenossInnen und die revolutionären Kollektive, die sich bewußt sind, daß die aktuelle Situation in den Gefängnissen nicht „gleichgewichtig" ist, sondern daß die Initiative beim Staat liegt, der versucht, einen Rückschritt der Subjektivität der Gefangenen zu erreichen, müssen zusammen die notwendigen Schritte erarbeiten, um eine Veränderung zu erreichen.

Als erstes muß in aller Klarheit das politische Terrain, auf dem es realistisch möglich ist, Widerstand gegen die staatliche Politik zu entwickeln, bestimmt werden, und dann muß die notwendige Dialektik zwischen den gefangenen Revolutionären und der verschiedenen Klassen-Subjektivität wiederhergestellt werden. Die konkrete Erfahrung ist es, die unmißverständlich gezeigt hat, welches das Terrain ist: die verschiedenen Situationen der von den europäischen Staaten durchgesetzten Isolation in ihrer Gesamtheit und in ihrer allgemeinen Bedeutung, die sie im Zusammenhang mit der Formation des imperialistischen europäischen Blockes annimmt, begreifen und angehen, als gemeinsamer Kampf der Gefangenen und der revolutionären Bewegung in Europa.

In dieser Dimension und in dieser Qualität kann die ganze Kraft des Kampfes für den Kommunismus in den Metropolen sich entfalten: die internationale Einheit für eine gemeinsame revolutionäre Perspektive.

Wir umarmen die gefangenen GenossInnen in Spanien, Frankreich und der BRD, und wir unterstützen ihren Kampf für die Zusammenlegung.

José Manuel Sevillano Martín ist in unserem Herzen und in unserer Wut.

Zusammen kämfen!

Eine Gruppe von gefangenen Genossen im Gefängnis von Trani, Ju-

ni 1990

Anm. 1: brutale Gehirnoperation, in der Vergangenheit gegen unliebsame Geisteskranke angewendet

Hafenstraße

Presseerklärung der Bewohner und BewohnerInnen der Hafenstraße

Wir alle wissen: Es sind nichts als Lügen, die, vom Staatsschutz lanciert, über die Presse an die Öffentlichkeit gebracht worden sind.

Wir wissen aber auch, daß aus solchen Lügen Urteile gezimmert werden, die jahrelangen Knast unter Isolationshaftbedingungen zur Folge haben.

Das ist für uns der Grund, uns dazu zu äußern.

Wer hier lebt, ist nicht RAF — nicht 130, nicht 30, nicht 10 —.

Niemand von uns hat irgendetwas in irgendeinen Stadtplan gemalt, um jemanden (sei es Kohl, Reuter oder sonstwer) in die Luft zu sprengen oder abzuschießen. Wir sind kein Ausspähungsunternehmen für niemanden.

Hafenstraße ist Hafenstraße ist Hafenstraße . . .

Und genau als Hafenstraße wollen sie uns treffen, als diejenigen, die es mal geschafft haben, gegen sie zu gewinnen, für jede und jeden sichtbar. — Das war 1987. (*Anm. d. Red.:* 1987 waren die Barrikadentage in der Hafenstraße, als durch eine große Mobilisierung und ca. 1000 Menschen vor und in den Häusern die geplante Räumung verhindert werden konnte.)



Wir grüßen die BewohnerInnen der Hafenstraße. Wir wissen, daß Ihr jetzt unmittelbar von der Räumung — und einige von Euch auch von Verhaftungen — bedroht seid. Wir wissen auch, daß wir das nur gemeinsam verhindern können, und wir überlegen, wie wir Angehörigen dazu beitragen können. Euch gehört unsere ganze Solidarität.

Angesichts der City-West-Planung verspricht Lochte den Bonzen, bis Ende des Jahres zu räumen, die Geschichte Hafenstraße zu beenden. So oder so.

Lochte ist auch derjenige, der von Anfang an in der Presse lanciert, Kalle und Cora würden der Kommandoebene der RAF angehören. Er und das Bundeskriminalamt behaupten das, obwohl sie wissen, daß es nicht stimmt.

Dahinter steckt das Kalkül, die Weichen zu stellen für die Anwendung des ganzen Sonderinstrumentariums (BKA, BAW, Staatsschutzsenate der Gerichte, § 129a als Gesetzesgrundlage, Isolationshaft) — verrechtlicher Ausnahmezustand gegen uns. Damit schaffen sie sich die „rechtsstaatliche Grundlage“, uns zu vernichten, was allein über die Anwendung des Mietrechtes mit dem Ziel der Räumung nicht möglich wäre.

Vernichtung meint auch, die Erinnerung an das, was wir tatsächlich sind, auszulöschen. Eine Geschichte von fast inzwischen zehn Jahren und die gemeinsame Erfahrung von allen, die an 87 beteiligt waren.

Vernichten, auslöschen, das kriegen wir auch aus den Knästen mit, in dem, was gegen die Gefangenen läuft, am schärfsten jetzt gegen Helmut Pohl und Brigitte Mohnhaupt, die zu Anführern aufgebaut werden. — Worauf das zielt, wissen wir von 77: auf den Traum der Herrschenden vom Endsieg.

Das heißt für sie die völlige Auslöschung der DDR sowie jeglicher Vorstellung und Verwirklichung eines herrschaftsfreien Lebens.

Hafenstraße, den 14. September 1990

Freilassung aller Haftunfähigen!

Isabel Jacob muß draußen bleiben!

Wie wir schon mehrfach berichteten (siehe Info 37, 38, 40 und 44), droht Isabel Jacob erneuter Haftantritt, obwohl sie haftunfähig ist. Zur Vorgeschichte:

1985 wurde Isabel wegen eines Anschlages auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG in Hannover verhaftet und im Mai 1988 zu viereinhalb Jahren Knast verurteilt. Während der neunmonatigen Isolationshaft erkrankte sie an Morbus Basedow, einer Autoimmunerkrankung. Nachdem die Revision abgelehnt wurde, ist das Urteil seit Februar 1990 rechtskräftig. Am 10. 4. stellte Isabel einen Antrag auf Aussetzung der Strafvollstreckung sowie auf Feststellung ihrer Haftunfähigkeit, dem sie entsprechende Arztberichte und Gutachten beilegte. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hannover forderte außerdem auf Isabels Antrag hin bei einem Internisten und Nuklearmediziner, der ihr Vertrauen genießt, ein weiteres Gutachten an.

Am 31. 8. nun wurde der Antrag auf Strafaufschub von der Staatsanwaltschaft abgelehnt: „In der Anlage übersende ich Ihnen Ablichtungen des von mir eingeholten Gutachtens von Prof. Dr. Pfannenstiel und eine Stellungnahme der JVA Frankfurt III zu der Frage, ob die von Herrn Prof. Dr. Pfannenstiel für erforderlich gehaltenen Behandlungsmaßnahmen in der JVA gewährleistet sind.

Aus dem Gutachten und der Stellungnahme der JVA ergibt sich, daß die erforderliche Behandlung Ihrer Mandantin in der JVA Frankfurt III gewährleistet ist. Es besteht also keine Handhabe mehr für einen weiteren Aufschub des Strafantritts Ihrer Mandantin.

Deshalb habe ich den zuständigen Rechtspfleger um weitere Veranlassung im Vollstreckungsverfahren gebeten.“

Das bedeutet, daß Isabel nun jederzeit mit dem Termin für einen Strafantritt rechnen muß. Isabel ist haftunfähig und muß draußen bleiben!

Schreibt Protestbriefe an die Justizministerin von Niedersachsen, Frau Alm-Merk, Postfach, Justizministerium, 3000 Hannover. Überlegt Euch weitere Initiativen!

Aktuelles international

El Salvador: Dringende Meldung von COPPES

In den letzten beiden Nummern des Angehörigen-Infos, Nr. 48 und 49, haben wir darüber berichtet, daß 75 politische Gefangene in der Nacht zum 20. August aus dem Gefängnis Mariona verschleppt wurden.

Das Komitee der christlichen Mütter und Familienangehörigen der Gefangenen, Verschwundenen und Ermordeten „Padre Ocatavio Ortiz — Hermana Silvia", COMAFAC, gibt eine dringende Meldung des Komitees der politischen Gefangenen von El Salvador, COPPES, bekannt.

Ein politischer Gefangener des Gefängnisses von Mariona entführt und verschwunden

Das Komitee der politischen Gefangenen von El Salvador, COPPES (Sektion Mariona), gibt der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, allen humanitären Organisationen, demokratischen politischen Parteien und der Botschaft von Kolumbien in unserem Land bekannt, daß der Compañero **Carlos Arturo Lopez Ocampo**, kolumbianischer Staatsbürger, in den frühen Morgenstunden des Sonntags, 9. September 1990, gewaltsam aus der Zelle herausgeholt, beleidigt und mit Knüppeln verprügelt wurde. Beteiligt waren Mitglieder des Wachpersonals sowie Mitglieder der ersten Brigade und der Finanzpolizei. Er wurde gefesselt und mit Augenbinde zu einem unbekannten Ort abtransportiert.

Wir machen für diesen Akt des Terrorismus nach der Art der Todesschwadronen die Kommandanten der ersten Brigade, der Finanzpolizei und den Generalstab der Streitkräfte, den Justizminister Oscar Santamaría (Mitglied der Regierungskommission für den Dialog), den Direktor für die Gefängnisse, Rodolfo Garay Pineda, und den faschistoiden Direktor des Gefängnisses von Mariona und Mitglied der ARENA, William Orantes, verantwortlich.

Wir fordern vom ARENA-Regime, das Leben, die Menschenrechte sowie die physische und moralische Unversehrtheit des Compañero zu respektieren.

Außerdem bitten wir das Konsulat von Kolumbien, sich um den Fall zu kümmern und bei Präsident Cristiani Auskunft über den Verbleib des Compañero Carlos Arturo López einzufordern.

Nein zu den Verletzungen der Menschenrechte der politischen Gefangenen!!

Für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen

COPPES im Kampf

Carlos Arturo López wird von den Militärs beschuldigt, Anführer einer angeblichen Militärkampagne der FMLN, der Guerilla El Salvadors, zu sein. Sein Leben ist deshalb in höchster Gefahr!

Radio Venceremos in Köln hat eine neue Kontonummer: Kto-Nr. 412302-501, BLZ 370 100 50, Karl J. Müller, Postgiroamt Köln.

„Flor" in Haft!

Seit dem 27.8.90 ist die Französin Eve Florence Demaziere, „Flor", in Honduras in Haft.

Ihr wird vorgeworfen, Waffen für die salvadorenische Guerilla geschmuggelt zu haben.

Flor hat lange in West-Berlin gelebt und ist seit Jahren in der Zentralamerika-Solidarität aktiv. Seit ihrer Verhaftung sitzt sie in Choluteca, Honduras, im Knast. Die Gefahr ist groß, daß sie gefoltert wird. Sie muß so schnell wie möglich raus, wozu wir beitragen können. Ruft an (oder Telegramm/Brief/Fax) und fragt nach dem Verbleib von Flor. Fordert ihre Freilassung.

— Hondurenische Botschaft, Ubierstr. 1, 5300 Bonn 2, 0228/356394.

— Französische Botschaft, Kapellenweg 1a, 5300 Bonn 2, 0228/362031.

Blutige Protestdemonstrationen gegen den imperialistischen Krieg und Preiserhöhungen in der Türkei

Presseerklärung des TAYAD-Solidaritätskomitees

Seit Wochen laufen in der Türkei — besonders in Istanbul — verschiedene Protestaktionen gegen die geplante US-Invasion im Nahen Osten.

Das gesamte Volk des Irak wird durch ein Embargo der Armut ausgesetzt. Die Türkei als ein NATO-Partner in dieser Region spielt das gefährliche Spiel mit. Die türkische Regierung versucht, das Volk gegen die Brüdervölker des Nahen Ostens aufzuhetzen und somit an einem ungerechten Krieg zu beteiligen. Darüber hinaus bedeutet Krieg auch Kriegswirtschaft mit all ihren menschenverachtenden Folgen für das Volk in der Türkei selbst — eine noch höhere Inflationsrate, größeres Elend und größere Armut, offene Unterdrückung der Gewerkschaften, das forcierte Anziehen der Repressionsschraube.

Seit Wochen versuchten verschiedene demokratische Massenorganisationen, eine erlaubte Kundgebung zu organisieren. Hierzu wurde jedes Mal die Genehmigung verweigert. Trotz Verboten fand am 23.9.90 in Istanbul (Topkapi/Esenler) eine Demonstration von ca. 1000 Menschen gegen den Krieg im Nahen Osten statt. Kurz nach Beginn der Demonstration griff die Polizei die Demonstranten an. Viele (86) wurden festgenommen. Es gibt viele Verletzte auf beiden Seiten. Viele Demonstranten haben Arm- und Beinbrüche. Wir protestieren gegen diesen brutalen Angriff der Özal-Regierung auf die Demonstranten.

Die Özal-Regierung, die unser Volk in die Flammen des Krieges treibt, muß zurücktreten!

Nicht die Völker des Nahen Ostens sind unsere Feinde, sondern der Imperialismus¡

Schluß mit jeglichem Verbot von demokratischen Massenaktivitäten!

Sofortige Freilassung aller Inhaftierten!

Solidarität mit den in Istanbul festgenommenen AntifaschistInnen!

24.9.90

TAYAD-Solidaritätskomitee (Hilfsverein für die Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei)

Prozesse

„Börsenprozeß"

Im sog. „Börsenprozeß" gegen Gabi Hanka, Sigrid Happe, Sven Schmid und Stephan Feifel vor dem OLG Frankfurt/M. wird das Ende des Prozesses bald erwartet. Es wäre schön, wenn noch viele von Euch zu den Prozeßtagen kommen würden: Mi und Fr, jeweils 9.30 Uhr.

Prozeß gegen Luitgard Hornstein

Der Prozeß gegen Luitgard Hornstein im Stammheimer Prozeßbunker neigt sich ebenfalls dem Ende zu. Kommt zum Prozeß! Di und Do, jeweils 9 Uhr.

Prozeß gegen das Angehörigen-Info

Der § 90a-Prozeß gegen Heidi Hinrichsen für die Angehörigen und Christiane Schneider für den GNN-Verlag wegen des Infos Nr. 30 findet am 17.10. um 12 Uhr im Kölner Amtsgericht, Luxemburger Str., Raum 13, statt.

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Bonn. 2.10., 11-13 Uhr, Schloßstr. 4, Kundgebung vor der spanischen Botschaft für die Wiederzusammenlegung der spanischen politischen Gefangenen. Die nächste Kundgebung wird am 16.10. zur selben Zeit stattfinden.

Bielefeld. 5.10., 19.30 Uhr, Bürgerwache (Siegfriedplatz), Informations- und Diskussionsveranstaltung zum § 129a mit Leuten aus der Prozeßgruppe zum „Börsenprozeß" und anderen.

Oberhausen-Zentrum. 10.10., 20.30 Uhr, Drucklufthaus, Am Förderturm 27, „Double Cara", die neue Filmproduktion von Sistema Radio Venceremos. Befreiungskampf in El Salvador — Zehn Jahre FMLN. Veranstalter ist das Mittelamerika-Komitee Oberhausen.

Infobüros, -läden und ZL-Plenen

Weitere Ergänzungen der im Info 47 veröffentlichten Liste der noch existierenden Infobüros, -läden und ZL-Plenen:

Kiel. AG ZL, c/o Autonome Gruppe Kiel, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel.

Dortmund. Infobüro, c/o Taranta Babu, Humboldstr. 44, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/141689, Mi 17-19 Uhr.

Gießen. ZL-Initiative, c/o DKP, Frankfurter Str. 59, 6300 Gießen.

Freiburg. Infobüro, c/o BWK, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg.

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Monika Berberich. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — **Druck:** Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.